



Inhalt:

Aktuelles:

Neue Verordnung zur Kennzeichnung von Lebensmitteln
Kerstin Westphal.....2

Das Leid Gazas macht Israel nicht sicherer
Wolfgang Kreissl-Dörfler...3

Für effizienten Schienengüterverkehr in Europa
Ismail Ertug.....5

EU-Parlament fordert umfassende Regulierung des Derivatehandels.....
Wolfgang Kreissl-Dörfler...6

Service:

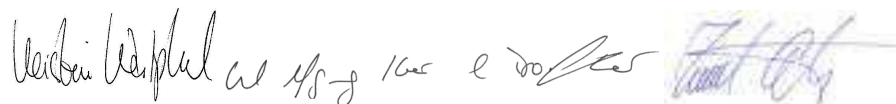
Wichtige Termine in Bayern.....7

Kontakt.....9

Liebe Leserinnen und Leser,

willkommen zur fünften Ausgabe unseres Newsletters, in dem wir Sie wieder über unsere Arbeit informieren wollen. Die fränkische Abgeordnete Kerstin Westphal erklärt die Hintergründe zur Kennzeichnung von Lebensmitteln. Der ostbayerische Abgeordnete Ismail Ertug erklärt den Bedarf grenzüberschreitender Trassen für den Güterverkehr in Europa und die Knackpunkte aus deutscher Sicht. Der oberbayerische Vertreter Wolfgang Kreissl-Dörfler war einen Tag bezieht zur jüngsten Krise im Nahen Osten Stellung und erklärt, was Derivate sind und warum sich das Europäische Parlament für deren umfassende Regulierung ausgesprochen hat.

Viel Spaß beim Lesen wünschen



Kerstin Westphal, Wolfgang Kreissl-Dörfler und Ismail Ertug

Neue Verordnung zur Lebensmittelkennzeichnung



von Kerstin Westphal

Das Europäische Parlament hat am vergangenen Mittwoch, den 16. Juni 2010, in Straßburg in der ersten Lesung den Bericht zur Lebensmittelinformations-Verordnung angenommen.

Insbesondere die Frage, ob eine farbliche Kennzeichnung auf Lebensmitteln in Europa, die sogenannte "Ampel" verpflichtend eingeführt werden soll, war schon vorab in Presse und Öffentlichkeit diskutiert worden. Dabei umfasst die Verordnung deutlich mehr. Ihr Ziel ist es, den Verbrauchern bei Kauf und Verzehr von Lebensmitteln gut aufbereitete Informationen, im "Hauptblickfeld der Verpackung", über den Packungsinhalt an die Hand zu geben. Die EU-Kommission hatte insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Gesundheitsprobleme wie Fettleibigkeit und Diabetes in Europa dem Europäischen Parlament einen Gesetzesvorschlag unterbreitet, welcher die bestehende EU-Gesetzgebung in diesem Bereich zusammenführen, vereinfachen und aktualisieren soll.

Eine Milliarde Euro für Lobbyismus

Da es sich um eine Verordnung der EU handelt, wirkt diese direkt, das heißt sie bedarf keiner legislativen Umsetzung seitens der Mitgliedstaaten mehr. Zwar wird es vermutlich noch bis Anfang 2011 dauern, bis die Hersteller von Lebensmitteln der Verordnung nachkommen müssen, gleichwohl hatten diese über ihre Interessenvertretungen in Brüssel vorab alles in die Waagschale geworfen, um ihre Bedenken deutlich zu machen – so hatte die Lebensmittelindustrie in den vergangenen zwei Wochen eine Milliarde Euro investiert, um gegen die farbliche Lebensmittelkennzeichnung mobil zu machen. Bei der Abstimmung darüber haben sich die Argumente für die Ampel nicht durchsetzen können, was insbesondere von Verbraucherschutzverbänden als bedauerlich gewertet wird.

Die Kennzeichnung der Nährwerte konnte aber verbessert werden: die Nährwertangaben der Lebensmittel müssen nun verpflichtend abgedruckt werden. Lebensmittelhersteller sind zukünftig

verpflichtet, Angaben zu den sogenannten "Big 8" der Nährstoffe (zum Beispiel Salz, Fett, Zucker, Kalorien und Kohlenhydrate) anzugeben. Gegen den Widerstand der konservativen Mitglieder im Parlament konnte zudem durchgesetzt werden, dass auch das Herkunftsland für Produkte aus Fleisch, Geflügel und Milch sowie für Obst und Gemüse immer angegeben werden muss. Lebensmittelimitate, wie Analogkäse und Formfleisch, müssen ebenso klar kenntlich gemacht werden, um Verbraucher vor Täuschungen zu schützen. Für nicht ausreichend halten wir Sozialdemokraten die Vorschriften, wie die Nährwerte gekennzeichnet werden müssen. So sind die Hersteller nicht verpflichtet, die Nährwerte pro Portion anzugeben, so dass auch weiterhin der Verbraucher selbst rechnen muss.



Das Leid Gazas macht Israel nicht sicherer

von Wolfgang Kreissl-Dörfler

Nach dem tragischen Überfall des israelischen Militärs auf einen Schiffskonvoi mit Hilfsgütern für den Gazastreifen, ist Israel unter scharfe internationale Kritik geraten. Auch das Europäische Parlament hat den Angriff auf die Gaza-Flotte aufs Schärfste verurteilt. Hier gibt es nichts zu deuten – das Verteidigungsrecht Israels wird nicht in Frage gestellt! Doch ein Angriff in internationalem Gewässer ist ein eindeutiger und nicht hinnehmbarer Verstoß gegen das Völkerrecht. Der Vorfall muss daher so schnell wie möglich durch unabhängige Untersuchungen aufgeklärt, die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Was uns dieser Vorfall jetzt schon vor Augen führt, ist: Das Leid der Menschen im Gaza macht Israel nicht sicherer! Die im Juni 2007 verhängte Blockade Israels gegen den Gazastreifen hat ihr Ziel verfehlt. Die radikale Hamas gewinnt an Einfluss und 1,5 Millionen Palästinenser leiden unter Kollektivhaft. Während es einige Fortschritte im Westjordanland gibt, ist heute die Lage der Palästinenser besonders im Gazastreifen katastrophal. 80 Prozent der Bevölkerung leben in dem



wirtschaftlich ausgetrockneten Küstenstreifen unter der Armutsgrenze, für 60 Prozent der Bevölkerung besteht keine Ernährungssicherheit, jeder Zweite ist arbeitslos und das illegale Tunnelwesen blüht. Profiteur ist hier vor allem die Hamas, die den Schmuggel kontrolliert und hohe Steuern auf die Waren abkassiert. Was bleibt, sind Elend und damit neuer Nährboden für Radikalisierung, die die Sicherheit der Region erneut bedrohen wird.

Mit einer Delegation unseres Außen-, Entwicklungs- und Haushaltskontrollausschusses haben wir Europaabgeordnete bereits einige Tage vor dem Zwischenfall auf See die Städte Jerusalem, Ramallah und Nablus sowie ein Teil von uns Gaza besucht. Dort haben wir mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen und Politikern beider Seiten gesprochen – unter anderem mit dem palästinensischen Premierminister Dr. Salam Fayyad, dem israelischen Vizepremierminister Dan Meridor sowie dem israelischen Vize-Außenminister Danny Ayalon.

Wir haben deutlich gemacht, was unsere Position ist. Israel sollte die Kritik als Chance verstehen und mit Unterstützung seiner Partner rasch einen fundamentalen Politikwechsel vornehmen. Die kürzliche Einigung der israelischen Regierung auf eine Lockerung der Blockade ist ein erster positiver Schritt. Doch reicht das nicht aus, um den Palästinensern ein menschenwürdiges Leben zurückzugeben und es reicht auch nicht aus, um den ohnehin schon zähen Friedensprozess zu reanimieren. Am Donnerstag, 17. Juni, hat das Europäische Parlament fraktionsübergreifend mit einer deutlichen Mehrheit (470 dafür, 56 dagegen, 56 Enthaltungen) eine Resolution angenommen, mit der wir unter anderem das sofortige und vollständige Ende der Blockade des Gaza fordern. Beide Seiten müssen sich an Abmachungen halten. Das bedeutet auch, dass Angriffe gegen Israel unverzüglich einzustellen sind, und dass der israelische Unteroffizier Gilad Shalit, der am 25. Juni 2006 auf israelischem Gebiet von der Hamas entführt wurde, freizulassen ist.

Die EU ihrerseits muss jetzt die Chance ergreifen, eine zentrale Rolle in der Nahost-Politik zu übernehmen. Von unserer Hohen Vertreterin der EU, Catherine Ashton, erwarten und fordern wir daher großes Engagement, die Region wieder ein Stück weit gerechter und sicherer zu machen. Ein erster Beitrag wäre ein konkreter Plan zur Beendigung der Blockade, den sie dem Nahostquartett umgehend vorlegen sollte.



Für effizienten Schienengüterverkehr

von Ismail Ertug

Am vergangenen Dienstag, 17. Juni, haben die Abgeordneten im Plenum in zweiter Lesung den Bericht von Marian-Jean Marinescu (EVP) über die Verordnung zur Schaffung eines europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr angenommen. Grenzüberschreitende Güterzüge durchqueren die EU mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von lediglich 18 Kilometern pro Stunde. Darüber hinaus kommen viele Güterzüge nicht pünktlich an ihr Ziel. Im Jahr 2007 beispielsweise verspäteten sich 60 Prozent.

Der grenzüberschreitende Schienengüterverkehr ist damit immer noch ineffizient, was dazu führt, dass die Attraktivität der Schiene im Vergleich zum Straßengüterverkehr weiter sinkt. Um den grenzüberschreitenden Schienengüterverkehr wiederzubeleben, hat die Kommission 2008 ursprünglich einen 'Vorrang des Güterverkehrs vor dem Personenverkehr' vorgeschlagen.

In Erster Lesung war jedoch beschlossen worden, dass der Schienengüterverkehr nicht durch starre Vorfahrtsregeln, sondern nur durch mehr Flexibilität bei der Trassenzuweisung optimiert werden kann. Zusätzlich hatte die Kommission die Schaffung grenzüberschreitender Schienenkorridore und die Einrichtung einer zusätzlichen Anlaufstelle für die Trassenzuweisung, den sogenannten One Stop Shop (OSS) vorgeschlagen. Allerdings hatte es in erster Lesung noch geheißen, dass die OSS nicht zwingend sondern freiwillig geschaffen werden können. Die meisten Mitgliedstaaten verfügen bereits über einen eigenen OSS, der auf nationaler Ebene die Trassenanfragen koordiniert.

Der Marinescu-Bericht sieht hingegen vor, dass zusätzlich ein OSS pro Korridor verpflichtend geschaffen werden muss, der bei Trassenanfragen für internationale Züge wesentliche Entscheidungskompetenzen erhalten soll. Gegen diesen Teil des Marinescu-Berichtes ist vor allem von deutscher, sozialdemokratischer Seite Kritik erhoben worden. Im Unterschied zu allen anderen Mitgliedstaaten, die maximal einen Korridor verwalten, führen drei Korridore durch das Transitland Deutschland. Dies bedeutet, dass in Deutschland zusätzlich zu dem bestehenden OSS drei weitere



"europäische" OSS geschaffen werden müssten. Dem deutschen OSS würde auf diese Weise die Kontrolle über sein Netz entzogen. Außerdem steht zu befürchten, dass - entgegen der Intention des Kommissionsvorschlages - sämtliche Vergabeprozesse nicht einfacher, sondern mit weiterem Verwaltungsaufwand belastet würden.

EU-Parlament fordert umfassende Regulierung des Derivatehandels

von Wolfgang Kreissl-Dörfler

Mit großer Mehrheit hat das EU-Parlament während seiner letzten Plenartagung am 15. Juni 2010 eine umfassende Regulierung des Derivatehandels gefordert. Derivate sind Verträge, mit denen Risiken gehandelt oder umverteilt werden. Sie erlauben es Marktteilnehmern, einen Vertragsgegenstand (etwa eine Ware, ein Finanzprodukt oder eine Dienstleistung) an einem vorab vereinbarten Zeitpunkt in der Zukunft zu vorab vereinbarten Bedingungen zu kaufen, verkaufen oder zu tauschen. Die Intransparenz des Derivatehandels und der damit verbundenen Risiken wird als eine Hauptursache für die Finanzmarktkrise gesehen. Vor allem die sogenannten Kreditausfallversicherungen (credit default swaps – CDS) wurden stark kritisiert. Bisher konnten sich Investoren damit für einen Kreditausfall von Unternehmen und Staaten absichern, ohne tatsächlich einen Kredit aufgenommen zu haben.

Für uns Sozialdemokraten im Europäischen Parlament steht fest, dass riskante Finanzgeschäfte, die ganze Volkswirtschaften schädigen können, rigoros reguliert werden müssen. Spekulative Termingeschäfte mit Rohstoffen, Agrarprodukten oder Emissionsrechten sollen künftig ganz untersagt werden. Weiterhin fordern wir, dass Kreditversicherungen nur dann zugelassen werden, wenn tatsächlich Kredite vergeben wurden. Damit werden Wetten auf Staatspleiten, wie etwa im Fall von Griechenland geschehen, erschwert. Wir von der S&D-Fraktion verfolgen die klare Linie, dass alle risikoreichen Derivate reguliert werden müssen. Ausnahmen sind jedoch für Unternehmen geplant, die sich mit Hilfe von Termingeschäften gegen Preisschwankungen benötigter Rohstoffe absichern. Dies stellt jedoch keinen Freifahrtschein dar. Sobald Unternehmen zu Spekulanten werden, muss auch ihnen ein Riegel vorgeschoben werden. Deshalb müssen die Aufsichtsbehörden das jeweils zu



Grunde liegende Volumen und Risiko der Geschäfte berücksichtigen. Darüber hinaus fordern wir im EU-Parlament mehr Transparenz im Derivatehandel. Hierbei sollen standardisierte Verträge, zentrale Clearingstellen und Transaktionsregister helfen.

Die Europäische Kommission hat angekündigt, im September 2010 Regulierungsvorschläge für Derivate vorzulegen, welche die Resolution des Europäischen Parlaments berücksichtigen.

Termine in Bayern

ab Donnerstag 24.06.2010	20.00 Uhr	Kerstin Westphal	Klausur der AssistentInnen der SPD-Europaabgeordneten, u.a. mit MdEP Kerstin Westphal	Nürnberg
Freitag, 25.6.2010	16.00 Uhr	Ismail Ertug	Treffen des Arbeitskreises Europa der Oberpfalz SPD	Waldhotel Schwefelquelle, An der Schwefelquelle 12, 92421 Schwandorf
	18.00 Uhr	Kerstin Westphal	Frauen in Europa, 20 Jahre Städtepartnerschaft Annaberg- Buchholz und Weiden in der Oberpfalz	Kulturzentrum „Hans Bauer“ - Weiden
	19.30 Uhr	Ismail Ertug	Vortrag bei der Mitgliederversammlung des SPD- Ortsvereins Kümmersbruck	Sportzentrum, Butzenweg 35, 92245 Kümmersbruck
Sonntag, 27.6.2010	10.30 Uhr	Ismail Ertug	Teilnahme am Tag der offenen Tür des Technischen Hilfswerks Amberg	Drahthammerstraße 28, 92224 Amberg



Montag, 28.6.2010	16.00 Uhr	Ismail Ertug	Regionales Treffen der Europäischen Netzwerke in Bayern	Rathaus, Am Fünferplatz 2 in Nürnberg
Mittwoch, 30.6.2010	19.00 Uhr	Wolfgang Kreissl-Dörfler	„Euroschwäche, Finanzmärkte, Staatsbankrott: Gibt es Wege aus der Krise?“	Freisinger Bank, eG Freising Münchnerstr. 2
Freitag, 2.7.2010	19.30 Uhr	Ismail Ertug	Vortrag bei der Konferenz des SPD-Kreisverbands Neumarkt	Schützenhaus der Schützengesellschaft 1433, Kerschensteinerstraße 9, 92318 Neumarkt/OPf.
	9.00 - 18.00 Uhr	Kerstin Westphal	Tour durch Mittelfranken mit der SPD-Bezirksvorsitzenden Mittelfranken MdL Christa Naaß, Vorsitzenden der AGS Bayern Helga Koch und SPD-UB Vorsitzenden Thomas Schmiedel	Rothenburg, Ansbach und Landkreis Gunzenhausen
09.07.2010	11.00-13.00 Uhr	Kerstin Westphal	Industriepolitisches Gespräch mit Geschäftsführung und Betriebsrat von Adidas	Adidas, Herzogenaurach



So erreicht ihr unsere Büros...

... in Brüssel:

Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP

European Parliament
Büro ASP 12G354 Büro Low T07027
Rue Wiertz 60 Allée du Printemps
B-1047 Brussels F-67070 Strasbourg
Telefon: +32 (0)228 47110; Fax: +32 (0)228 49110
E-Mail: wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu
Ansprechpartnerinnen:
Nadja Pohlmann und Maria D'Amico

Kerstin Westphal, MdEP

European Parliament
Büro ASP 12G351 Büro Low T07025
Rue Wiertz 60 Allée du Printemps
B-1047 Brussels F-67070 Strasbourg
Telefon: +32 (0)228 47534; Fax: +32 (0)228 49534
E-Mail: kerstin.westphal@europarl.europa.eu
Ansprechpartner:
Dr. Clemens zur Hausen und Philipp Krieg

Ismail Ertug, MdEP

European Parliament
Büro ASP 12G342 Büro Low T07023
Rue Wiertz 60 Allée du Printemps
B-1047 Brussels F-67070 Strasbourg
Telefon: +32 (0)228 45547; Fax: 32 (0)228 49547
E-Mail: ismail.ertug@europarl.europa.eu

AnsprechpartnerInnen:
Arzu Mouchtar, Maria von Stern und Fatih Aydogan

... und daheim:

Europabüro

Oberanger 38/I
80331 München
Telefon: (089) 21 02 43 61
Fax: (089) 21 02 43 61
Mail: info@kreissl-doerfler.de
Homepage: www.kreissl-doerfler.de
Ansprechpartnerin: Britta Besan
Bürozeiten: Mo-Do 9-17 Uhr, Fr 9-12 Uhr

Europabüro Schweinfurt

Kornmarkt 17
97421 Schweinfurt
Telefon: (09721) 715 716
Fax: (09721) 474 08 84
Mail: eder@kerstin-westphal.de
Homepage: www.kerstin-westphal.de
Ansprechpartnerin: Marietta Eder
Bürozeiten: Mo-Do 9-16 Uhr, Fr. 9-13 Uhr

Europabüro Oberpfalz

Richard-Wagner-Str. 4
93055 Regensburg
Telefon: (0941) 29 79 98 73
Fax: (0941) 29 79 98 75
Mail: thorsten.kaestl@ertug.eu
Homepage: www.ertug.eu
Ansprechpartner: Thorsten Kästl
Bürozeiten: Mo-Fr 9-17 Uhr

Europabüro Niederbayern

Nördlicher Stadtgraben 9
94469 Deggendorf
Telefon: (0991) 379 11 64
Fax: (0991) 379 111 63
Mail: katja.reitmaier@ertug.eu
Ansprechpartnerin: Katja Reitmaier